

Neujahrsbrief 2002

**Liebe Freundinnen und Freunde des IFF,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Damen und Herren,**

Aus unseren neuen Räumen am Rödingsmarkt wünschen wir Ihnen und uns ein friedvolles Jahr 2002 und dass wir die Chance wahrnehmen, zu diesem Frieden mit unseren Möglichkeiten im Bereich der Geldwirtschaft beizutragen.

In den beiden letzten Neujahrsbriefen des IFF hatten wir die Langfristigkeit und Nachhaltigkeit im Geldsektor eingefordert. Die rasante Talfahrt des Neuen Marktes, das Zurechtstutzen des Internets auf eine Dimension, die der Erfindung des Füllfederhalters ähnlicher wird, hat zur Prophezeiung einer „Zeit der Langweiler“ (SZ v. 28.12.2001, 24 „Die Party ist vorbei“) geführt. Die Rückkehr von der Comedy zum Kabaret, von der Operette zur Oper, vom Showbiz zum Theater ist unseres Erachtens jedoch alles andere als langweilig. Dabei setzt die Wirtschaft die Lernmotivationen der Politik.

Das schillernde soziale Lernprogramm der Wirtschaft heißt „Wettbewerb.“ Geht es aber um den Konkurs des Mitbewerbers oder die Verbesserung der Leistungen für alle, reden wir miteinander oder konkurrieren wir uns zu Tode? Integrieren oder verdrängen, einschließen oder „ausmerzen“, Krieg oder Wettstreit, dies waren nicht nur die Alternativen zurzeit der antiken Olympischen Spiele, wo der Krieg während der Wettkämpfe ruhte.

1. Das Neue Jahr könnte unter dem Motto stehen: **Mehr Wettbewerb und weniger Konkurrenz**. Es wäre ein europäisches Motto, weil diese Differenzierung dem Englischen und Amerikanischen fremd ist.

Im Englischen bedeutet „competition“ sowohl Wettbewerb wie auch Konkurrenz. Das Wort concurrence steht für die Wirtschaft nicht zur Verfügung. Es drückt nach dem Ursprungssinn des Wortes das „Zusammenlaufen“, die „Übereinstimmung“ und die „Kooperation“ aus. (siehe Herbst/Readett Dictionary of Commercial, Financial and Legal Terms, Thun Schweiz 1989 S. 227) Von daher würde man im Englischen umgekehrt wünschen: „less competition and more concurrence“.

Wettbewerb und Konkurrenz vermitteln unterschiedliche Erfahrungen. Wer wie im Alten Testament Jakob dem Esau bei Gott das Erstgeburtsrecht abschwindelt, handelt als Konkurrent vor Gott. Wer wie Microsoft sein Monopolssystem für andere unzugänglich gestaltet handelt, wie amerikanische Gerichte festgestellt haben, in einer Verdrängungskonkurrenz zu Netscape, Quicken, WordPerfect und Novell. Nicht besser, sondern erfolgreicher sein ist die Devise der Konkurrenz. Wer dagegen in „Wettbewerb“ tritt, möchte das Ziel voranbringen, das beide verfolgen. „Bewerben“ um die „Wette“ (ursprünglich ein „Pfand“) bezeichnet das Streben nach einem gemeinsamen Gut. Ob das Ziel ein Olivenzweig, die Schönheit der Tanzfiguren oder das „höher, schneller, weiter“ ist, bestimmen die Veranstalter. Veranstalter von Wirtschaft aber ist die Gesellschaft. Die Ziele des Wettbewerbs müssen daher im Interesse der Gesamtgesellschaft definiert werden.

Wenn wirtschaftlicher Wettbewerb heute allein als Konkurrenz um den Geldgewinn verstanden wird, dann haben wir entscheidende Dimensionen in der Entwicklung gesellschaftlicher Produktivität verloren. Zwar ist der Geldgewinn mit seiner universellen Messbarkeit, Rationalität, geringen

Manipulierbarkeit und Gerechtigkeit allen anderen Maßstäben beim Leistungsanreiz überlegen. Es ist aber ebenso wenig Ziel wie es für Maurice Greene 1999 beim 100 Meter-Lauf die 9,79 Sekunden waren. Geld ist Maßeinheit und Stellvertreter. Als solches ist es nur ein Mittel, um unsere Ziele zu evaluieren.

Als Mittel hat es Nachteile, die es zu kompensieren gilt: Geld sieht man nicht an, woher es kommt, ob es „schmutzig“ oder durch Leistung, durch Verdrängung oder durch Raub erworben wurde. Nicht der Gewinn ist das Problem, sondern die Art wie er zustande kommt. Dieses Zustandekommen des Gewinns ist gesellschaftlich bestimmt. Verantwortung bestimmt den friedlichen, fairen und auf den Nutzen aller ausgerichteten Wettbewerb.

2. Social Finance konzentriert sich in diesem Sinne auf das **Zusammentreffen zwischen Konkurrenz und sozialen Interessen** im Finanzdienstleistungssektor. Die Förderung der existenziellen Interessen von Verbrauchern, Kleinunternehmern, Wohnungssuchenden und gemeinnützigen Unternehmungen soll zum Ziel des Wettbewerbs bei Finanzdienstleistungen werden. Gewinnerzielung alleine fördert dabei nur das Potenzial. Soziale Verantwortung macht dieses Potenzial allen zugänglich.

Was die oben genannten Problemkinder des Finanzdienstleistungssystems produzieren ist für die Gesellschaft auf lange Sicht produktiv, auch wenn es im Bruttosozialprodukt derzeit keinen Ausdruck findet. In der ihnen aktuell aufgezwungenen aussichtslosen Konkurrenz mit den „Privatkunden“, den „Großunternehmen“, den „Gewerbeimmobilien“ und dem „for-profit“ Sektor verlieren diese Gruppen im Interesse der Anbieter, weil der Wettbewerb ihre Ziele nicht ausreichend anerkennt.

Norbert Walter von der Deutschen Bank hält die deutsche Bankenlandschaft für krisenhaft **overbanked**. Während britische und amerikanische Banken Eigenkapitalrenditen von 15% erwirtschaften, bewege man sich in Kontinentaleuropa an der Verlustgrenze. Das Filialnetz müsse deshalb drastisch reduziert und das überzählige Personal sofort um erst einmal 30.000 abgebaut werden. Auf den Mittelstand, so Walter auf einer Podiumsdiskussion in Lübeck, kommen Zinssätze um die 16% p.a. zu. Kosten müssten dorthin gebracht werden, wo sie entstehen. Die viel zu kleinen Sparkassen sollten von staatlicher Bevormundung und Subvention befreit werden und im freien Spiel der Kräfte den meistbietenden größeren Banken zur Privatisierung offen stehen. Erst wenn der deutsche Bankenmarkt gleiche Konzentrationschancen wie der englische und amerikanische Markt bietet, wäre die internationale Wettbewerbsfähigkeit gerettet. Die Investition von 650 Millionen € für den neuen Geschäftssitz der DB an der Wall Street ist folglich „produktiv“, weil in der Konkurrenz Nutzwert und Tauschwert zusammenfallen.

In Brüssel fördert Wettbewerbskommissar Monti in seinem Kreuzzug gegen staatliche Subventionen im gemeinnützigen Sektor und bei den Sparkassen eher die Konkurrenz, als den Wettbewerb. Seit der neuen Kompetenzaufteilung finden sich bei der Generaldirektion **Verbraucherschutz** (SANCO) nur noch der Name, die Euroeinführung und die verrückten Kühe. Sozialer und präventiver Verbraucherschutz bei Finanzdienstleistungen liegen nun beim Marktschutz der DG Market (Hypothekenrichtlinie, Zahlungsverkehr, Altersvorsorge), der Sozialschutz bei der DG Employment and Social Policy (Verschuldung, Verbraucherkonkurs, Gleicher Zugang). Genauso hat man in Deutschland die Folgen von Verschuldung und Diskriminierung ins Familienministerium, die Altersvorsorge ins Arbeitsministerium, die Strukturen ins Justizministerium, die Bankenregulierung ins Wirtschafts- und Finanzministerium und den Namen ins **Landwirtschaftsministerium** gepackt. Sozialer Verbraucherschutz bei Finanzdienstleistungen ist heimatlos geworden.

Die Folge verschärfter Konkurrenz im Bankensektor ist dort, wo Mindeststandards die Kostenüberwälzung begrenzen, der Rückzug der Finanzdienstleister aus der Fläche, der Masse und der (unteren) Klasse. Im angelsächsischen Modell der Marktfreigabe zieht für die Armen die Kosten- und Belastungsschraube an. Die Liquiditätskrise sozialer Interessen ist damit nur die Alternative zur ihrer jüngst vom Ministerrat der EU wieder erörterten Verschuldungskrise.

3. Dagegen wirken **amerikanische Rezepte** immer hilfloser: Mehr Informationssymmetrie (Stiglitz), Erziehung der Armen zum Sparen (Financial Literacy), Rückkehr zur lokalen Gemeinschaft (Spirit of Community: Etzioni, Rifkin), Unternehmensmoral (Corporate Responsibility) Altruismus (Social Sponsoring), Ethik (Ethical Investment), Transparenz (Community Reinvestment), ehrenamtliches Engagement (Non-Profit Organisations, Community Work) oder Zwang zur Eigeninitiative (Welfare Cuts).

Die Anpassung an die „Erfordernisse“ der Finanzwelt (Askese, Eigenarbeit und Moral) oder die Entwicklung von **Gettowirtschaften** scheinen die einzigen Lösungsansätze zu werden.

Gettowirtschaften zeichnen sich dadurch aus, dass für eine bestimmte Klientel Leistungen simuliert werden, die für sie im offiziellen System nicht mehr erreichbar sind. Da die Gründe des Ausschlusses in der mangelnden Profitabilität dieser Interessen im Finanzsystem liegen, kann das Alternativsystem nur überproportional teurer sein, weil in ihm solche Interessen gebündelt sind. Die Zusatzkosten können einmal auf die Kunden der Gettowirtschaft abgewälzt werden (predatory lending, finance companies, cheque cash outlets, prepaid services, Kredithaie, Teilzahlungsbanken, tally man, pawn shops) oder aber vom Staat oder Stiftungen übernommen werden (Microlending, Community Development Financial Institutions, Sozialkredite). „Gettowährungen“ wie das Knochengeld am Prenzlauer Berg, das Schwundgeld der Arbeitslosen in Wörgl oder auch der Argentinio im bankrotten Dritte Welt Land, Tauschringe und das LET-System in den Armutsvierteln der Welt können kurzfristig Liquiditätskrisen überdecken, verschärfen aber wie der IWF bei Argentinien zu Recht meint in aller Regel ihre Ursachen. Diese Systeme sind teurer, rückständiger, unprofessioneller und illusorischer, auch wenn in ihnen das ein oder andere spannende Social Finance Produkt entwickelt wird (Gruppenkredite, Step-By-Step Lending, Schwundgeld). Akteure dieser Systeme sind Sozialpolitiker statt Finanzexperten, die die Verluste dieser Systeme ideologisch überdecken.

Wo sich die Sozialpolitik der Finanzwelt anpasst, statt sie zu korrigieren und herauszufordern, reduziert sich ihre Aufgabe auf die Vermittlung des angeblich Unvermeidlichen.

4. **Social Finance** konzentriert sich auf die Entwicklung auf dem Markt angebotener inklusiver **Finanzprodukte**, in denen die Wirtschaftssektoren der Gesellschaft Verantwortung für die Versorgung aller übernehmen. Wenn alles im Gesundheitssektor zusammenhängt, dann kann nicht der Kranke vom Krankenhaus, die Arznei vom Patienten und die Vorsorge von der Klinik getrennt werden. Risk Pooling, Asset Backed Securities, solidarische Pensionsfonds, Gruppenprodukte, Mindestgirokonten, Firmenbürgschaften für Existenzgründer, Mieterfonds und Reverse Mortgages zur Mobilisierung des immobilien Wohnkapitals für Nutzer, Shared Homeownership, soziale Leasingmodelle, Einschaltung von Intermediären zur Nachfragekonzentration, Stiftungskapital für Social Enterprise und Futures für soziale Risiken - solche Angebote gehören zu einer Zukunftswerkstatt „Social Finance“, an der wir mitarbeiten wollen.

5. Solche Produkte müssen aber auch **am Markt durchgesetzt** werden und im Wettbewerb eine Chance bekommen. Dazu liegt Machtpotenzial bei der Nachfrage der Verbraucher, dem Gesetzgeber, den staatlichen Subventionsangeboten und der Justiz als Haftungsagentur. Soziales entsteht durch die Diskriminierung des Asozialen. Den Verlockungen zur Entwicklung einer Gettowirtschaft müssen Alternativen entgegengesetzt werden. Hierzu gehören Verbraucherschutz und Sanktionierung inakzeptabler Marktmechanismen, erweiterte und effektivierte Schadensersatz- und Wiedergutmachungspflichten bei der anbietenden Wirtschaft ebenso wie Belohnungsmechanismen für soziales Verhalten. Demgegenüber reicht normaler Gewinn heute schon nicht mehr aus. Die volatilen Spitzenrenditen im Asset Management, bei der Wertpapieremission und bei M&A sind die Benchmark auch für den Kontoüberziehungskredit geworden, weil die Anleger immer kurzfristiger und immer kurzsichtiger anlegen. Die Gesellschaft hat daher dafür Sorge zu tragen, dass sich Gesamtverantwortung zumindest dort noch lohnt, wo sie sich bezahlt macht, auch wenn sie nicht mit Spitzenrenditen konkurrieren kann.

6. Zukunftswerkstätten für diese Aufgaben brauchen angesichts der Schwerpunktsetzungen jenseits des Atlantiks eine deutlich **europäische Komponente und Kooperation**. Europa braucht als Kontrast zum melting pot ein Gesicht kultureller Vielfalt und sozialer Eigenständigkeit. Wir haben hierzu im IFF personell sowie durch Kooperationen etwa mit französischen Partnern im Bereich Kleinunternehmensfinanzierung, Verbraucherschutz und finanzieller Allgemeinbildung Vorbereitungen getroffen und hoffen auf eine fruchtbare Kooperation.

Eine europäische Diskussion bedeutet auch, dass wir die **Sprachenvielfalt** in der internationalen Kommunikation stärken und dem angloamerikanischen Raum etwas mehr Verständnis für andere Denkweisen zumuten.

In dem immer mehr dominierenden **Wirtschaftsenglisch** lassen sich soziale Fragen häufig nur noch aus der Perspektive der Konkurrenz erörtern. Gemeinnützige oder soziale Unternehmen wurden auf der EU-Konferenz in Trento im Dezember 2001 im Englischen überwiegend als „Non-Profit Organisations“ (NPO) definiert, obwohl sie erhebliche „Gewinne“ für die Gesellschaft erwirtschaften. Die Entwicklungsländer sind Third World, nur weil sie nicht zur first and second world gehören. Der Mangel beim Wort Competition wurde bereits erwähnt. Kartell und unlauterer Wettbewerb verschmelzen zur „Unfair Competition“, in dem nicht Verdrängung und asoziale Wirkungen („gute Sitten“), sondern Kartell und Monopol das Problem sind. Consumer ist ein Nachfrager oder Kunde, der nicht mehr konsumiert, sondern auswählt (Choice) oder sich beschwert (Voice). Irrelevant wird, ob er überhaupt Geld zum Kaufen hat. Solidarity ist Wohlfahrt, Collective Action nur als gemeinschaftliches Handeln begreifbar. Social Security wird zur sozialistischen Verteilung, Public Interest umfasst alles, was nicht unmittelbar „private“ ist. Social Investment beinhaltet schließlich als sektorales Investitionsverbot alles vom Umwelt- bis zum Tierschutz, was (noch) über die Gewinnerzielung hinausgeht. Sozial ist einfach „unökonomisch“ und damit Ökonomie kraft Definition unsozial.

Wir verzichten damit zunehmend auf die philosophisch geschärften Differenzierungen etwa der **französischen Sprache**, die die Diskussion über eine soziale Wettbewerbsgesellschaft erleichtern würde. Solidarité und Collectivités locales sind Bezeichnungen für Versicherungssysteme und Kommunen, Competition dient dem Wettkampf und nicht der Wirtschaft, in der die Concurrence herrscht. Soziale Dienste ebenso wie ethisches Investment werden als Services bzw. Investissement de Proximité bezeichnet, die die Investition in „menschliche Beziehungen“ (relational banking) ähnlich dem deutschen Wort „Nächsten“ („Nächstenliebe“) anspricht.

7. Der Trend von der **Sozialökonomie** zur Erwerbswirtschaft, von der Volkswirtschaftslehre zu den Economics, stellt den Markt in den Mittelpunkt. Gleichgewichts-, Principal Agent-, Transaktionskostentheorien, die Theorie der asymmetrischen Information, Spieltheorie oder Vertragstheorie sind Erklärungsmodelle für marktexterne Faktoren. Soziale Auswirkungen interessieren nur noch insoweit, wie sie den Markt „beeinträchtigen“. Nur mit soziologischer Fantasie und Bedürfnisanalyse lassen sich dagegen Prozesse analysieren, in denen sich aktuell Familie, Nation und Kultur individualisieren. Sie sind es aber, die die Zukunft der Finanzdienstleistungen nicht nur bei der Überschuldung und der Risikovorsorge, sondern auch in der Altersvorsorge und beim Mittelstandskredit bestimmen werden.

Auf einer Tagung zur privaten Altersvorsorge im November in Wolfsburg wurde von den anwesenden Wirtschaftswissenschaftlern bemängelt, dass zur neuen Gestalt der privaten Altersvorsorge in Deutschland die **Volkswirtschaftslehre** kaum noch etwas beigetragen habe. Ihr sei die sozial- oder politökonomische Kompetenz bei ihrem mathematischen Modelldenken abhanden gekommen. Sie tendiere mit ihren Fehlprognosen zur Bedeutungslosigkeit, wenn es ihr nicht gelinge, Wirtschaft aus einer weiteren Perspektive als der der unmittelbaren Marktpartner zu begreifen und darzustellen und mehr zu sein als eine Betriebswirtschaftslehre des Staates.

Auf der Tagung der belgischen Präsidentschaft zur **Corporate Responsibility** im Dezember in Brüssel, an der 700 führende Vertreter der Wirtschaft vornehmlich damit beschäftigt waren, die Kommission von jeder gesetzlichen Festlegung der Ausweisungspflichten abzubringen, sollten im

Panel über **Pensionsfonds** die Vorzüge des **ethischen Investment** diskutiert werden. Erwartet worden war wohl eher eine Marketingveranstaltung für solche Fonds und die offizielle Privatisierungspolitik der Kommission in der Altersvorsorge. Diese Fonds versprechen überwiegend marktübliche Renditen. Sie ködern die Kunden damit, dass sie ihr Investment von Agenturen prüfen lassen, die dann behaupten, sie hätten sichergestellt, dass das Geld nicht in die Tabakindustrie investiert würde. Solche Nebeneffekte von Pensionsfonds lenken von ihren eigentlichen sozialen Wirkungen ab, die ja nicht im Investment selbst, sondern in der Altersvorsorge liegen sollen. Die ethische Bindung dieser Fonds gleicht auf Panzer montierten Babysitzen, die die sozialverträgliche Bedeutung des Panzers als Kinderwagen hervorheben sollen. Zurzeit werden in Deutschland nach anglo-amerikanischem Muster von Gewerkschaften und Arbeitgebern in Zusammenarbeit mit den größten Finanzdienstleistern Höchstrenditen für zahlungskräftige Mitglieder vereinbart. Dies geschieht unter Entnahme von Mitteln aus der Sozialversicherung (Beitragsfreistellung). Arbeitslose, Kranke, Behinderte, Existenzgründer und Mütter sind ausgeschlossen und gehen folglich leer aus. Sozialer und kollektiver Verbraucherschutz ist hier nicht berücksichtigt. Dies liegt aber, wie holländische Beispiele zeigen, keineswegs daran, dass sie nicht möglich wären. Die großen Organisationen der sozialen Solidarität haben sich bisher jedoch hierfür noch nicht interessiert, sondern vermarkten ihre Produkte, als ob sie das Private Banking erfunden hätten.

8. Wir haben im **IFF im Jahre 2001** das Glück gehabt, Projekte durchführen und entwickeln zu können, die im Kernbereich des Social Finance liegen.

Mit dem Projekt über „**Finanzielle Allgemeinbildung** zur Armutsprävention“ haben wir die These von der Unwissenheit der Armen bei Geld um die These der Unwissenheit der Geldwirtschaft von den Armen erweitert und daraus ein Lernprogramm für alle skizziert. Der Abschlussbericht erscheint 2002 in unserer Nomos-Buchreihe. Das Projekt wird 2002 in vier Modellprojekten in Schule, Schuldnerberatung, Fernsehen und einer Bank erprobt werden. Das Sozialministerium in NRW sowie das Bundesfamilienministerium fördern das Vorhaben. Wir sind hier an weiteren Partnern aus Staat, Verbänden und Finanzdienstleistern interessiert, die eine effektive Armutsprävention durch Finanzbildung unterstützen möchten und dem Zukunftsmarkt auch eine entsprechende Verbraucherbildung mitgeben wollen. In einem von der Europäischen Kommission (DG Social Policy) geförderten Projekt werden wir 2002 zusammen mit Partnern aus Frankreich, Großbritannien, Belgien und Italien die internationalen Erfahrungen hierzu sammeln und zugleich eine (unzensurierte für alle offene) Internetdatenbank mit sortierten Materialien und Modellen bereitstellen. Wir beteiligen uns ferner auch an dem Oldenburger Internetprojekt der Bertelsmann- und Nixdorf-Stiftung zur ökonomischen Bildung in Schulen.

Unser Projekt zum Microlending in fünf EU-Ländern ist mit einem kritischen Bericht zur **Regulierung der Kreditvergabe durch Nicht-Banken** zu Ende gegangen. Er setzt sich von vorhergehenden Beschreibungen des Microlending des IFF ab, in denen vorschnell arbeitsmarktpolitische Wirkungen aus der Selbstdarstellung dieser Projekte in den USA übernommen wurden. Inzwischen stehen uns neuere Forschungen zur Verfügung, wonach der propagandistische Effekt des Microlending größer als ihr sozialer Effekt ist. Unser Bericht wird in Englisch in der Nomos-Reihe 2002 publiziert werden und ist bereits in Französisch erschienen. Zusammen mit der Hamburger Universität für Wirtschaft und Politik haben wir die Konturen unseres **Bereichs „Finanzierung von Kleinunternehmen“** in den Feldern Insolvenzprävention, Zugang zu Krediten, Krisenkommunikation und Existenzgründung geschärft. In unserem Financial Services Information (FIS) System wird der Arbeitsstand dokumentiert werden. FIS bietet als www.money-advice.net die neue Internetplattform für Social Finance mit mehr als 25.000 Datensätzen.

Im **Bereich Kleinunternehmen** dominiert unser großes Projekt zur Krisenprävention bei Kleinunternehmen, das vom Bundesforschungsministerium bis 2003 finanziert wird. Mit der Software **FinanzCheck** soll Kleinunternehmen (und dann auch allen Kreditnehmern und Anlegern) geholfen werden, ihre eingekauften Finanzdienstleistungen selber zu gestalten, zu berechnen, in ihren Folgen

abzuschätzen und transparent zu machen. FinanzCheck basiert auf den Erfahrungen des IFF mit Finanzdienstleistungscheckprogrammen. Es beruht auf der einfachen cash flow Betrachtung: Letztlich bewirkt jede Finanzdienstleistungs-Kombination mit gewisser Risikowahrscheinlichkeit zu bestimmten Zeitpunkten Ein- oder Auszahlungen, die die Liquidität des Haushalts betreffen. Mit einem Konzept für ein **permanentes Ratinginstrument** für Kleinunternehmen sollen in Absprache mit Projekten im französischen Wirtschaftsministerium Möglichkeiten von mehr Rationalität, adäquateren Krisenreaktionen aber auch von mehr Kundensouveränität im Verhältnis der Marktpartner entwickelt werden. Zurzeit wird das Konzept einer **Telefonhotline** für Kleinunternehmen in der finanziellen Krise unter Einbindung der lokalen Beratungsinfrastruktur entwickelt und erprobt. Solche Hotlines haben Konjunktur, weil sie scheinbar billig und unverbindlich sind. Ob sie auch einen nachhaltigen Nutzwert haben, entscheidet auch die Infrastruktur, in die sie eingebettet sind. Das sollte auch der zum Jahreswechsel gemachte Hamburger Versuch der Wirtschaftsbehörde beherzigen. Als letzten Baustein entwickeln wir ein **fallorientiertes Beratungssystem** für Kleinunternehmer im Internet, an dem auch Prof. Tebroke weiter mitarbeitet.

Dieser Teil des Projekts stützt sich vor allem auch auf die Ergebnisse des von der Volkswagen-Stiftung geförderten Projekts zu **rechtlichen Mechanismen der Krisenbewältigung bei Kleinunternehmen**, das über umfangreiches empirisches Material aus Unternehmenskrisen und Fällen aus der Rechtsprechung verfügt. Der Schlussbericht Ende März 2002 wird zusammen mit Frau Prof. Größl erstellt dieses Material im Rahmen eines konfliktsoziologischen und institutionenökonomischen Ansatzes präsentieren.

Für unsere Internetauftritte haben wir mit der FIS-Plattform mithilfe der Europäischen Kommission (DG SANCO) die Ideen und Grundvoraussetzungen für eine **Internet-Informations-Kooperative** entwickeln können. Mit dieser Internet-Informations-Kooperative bewerben wir uns jetzt für das eContent Programm der Kommission. An ihr beteiligen sich Anbieter aus verschiedenen Ländern, die entsprechendes Finanzwissen kostengünstig und in einem technologisch hohen Standard publizieren wollen. Zielgruppe als Nutzer sind Verbraucher, Finanzdienstleister, Intermediäre, Forschung, Bildung und Politik. Die Inhalte der Anbieter können in eigene Seiten eingebaut werden. Man kann unsere Plattform selber nutzen oder auch innerhalb unserer Plattform einen eigenen Auftritt mit selektiven Zugriffsmöglichkeiten und dezentraler Pflege erhalten. Es ist der wohl nachhaltigste und inzwischen auch traditionsreichste Auftritt anbieterunabhängiger Finanzinformation im Internet.

Unser Forschungsprojekt mit der Bertelsmann-Stiftung zur **Armutsprävention in der privaten Altersvorsorge** hat einen guten Start bekommen durch seine Bedürfnisorientierung, die durch eine umfangreiche Haushaltsbefragung untermauert wird und die neuen Produkte mit der prekären Nachfragesituation konfrontiert. Die Bertelsmann-Stiftung hat Anfang Januar erste Ergebnisse öffentlich gemacht und unsere Kritik an der Missachtung der vorzeitigen Beendigungsfolgen publiziert. Auch dieser Bereich wird in FIS-Money Advice als Forum, Datenbank und Forschungsspiegel aufgebaut werden.

In unserem Projekt zur **Konzeptionierung kleiner Stadtteilfilialen** mit der Vereins- und Westbank soll 2002 unser Pilotprojekt starten. Erprobt werden sollen die Möglichkeiten einer Verbindung moderner Kommunikationstechnik mit der Idee einer im Stadtteil verankerten Präsenz. Unser Ziel ist es Alternativen zur Filialschließung zu finden.

Der Bereich **Verbraucherverschuldung** stellt nach wie vor einen Schwerpunkt dar. Unser Schuldnerberatungsprogramm CAWIN kommt in der Version 6.0 heraus. Da wir an der Gesetzesreform der Insolvenzordnung auch unmittelbar mit einem Gutachten im Auftrag des Bundesjustizministeriums beteiligt waren, konnten wir rechtzeitig das Programm vorbereiten und eine Vielzahl von Netzwerkelementen integrieren. Mit unseren Gutachten trugen wir darüber hinaus nicht

unwesentlich zu einer Verkürzung der Treuhandphase sowie des Lohnabtretungsvorrangs bei. Unsere Arbeiten zur Überschuldung für die Arbeitsgemeinschaft der Verbraucherverbände (AgV; jetzt übergegangen in den Bundesverband der Verbraucherzentralen e.V.) und das Bundesjustizministerium werden wir mit anderen Materialien in dem Schuldenreport 2002 publizieren, der wieder in der Nomos-Reihe erscheint. Wir hoffen, dass auch diesmal wieder Verbraucher- und Wohlfahrtsverbände die Herausgeberschaft übernehmen.

Im Bereich **Baufinanzierung für Schwellenhaushalte** schreibt uns die Bauvision e.V. Heidenrod zum Neuen Jahr 2002: „Ihr Finanzratgeber im Taschenbuchformat zum obigen Thema hat mich begeistert.“ Wir werden unsere EDV-Programme, Gutachten und Expertisen hierzu weiter bereithalten, bis sich der Ideologiestreit um Miete und Eigentum politisch gelegt hat und Fondseigentum für Mieter auch in Deutschland sich durchsetzt. 2002 werden wir hierzu auch die Dissertation der Mitautorin Juliane Pfau über Möglichkeiten der Wohnungsfinanzierung für Schwellenhaushalte durch Asset Backed Securitys veröffentlichen.

Im Bereich der **Social Finance Study (Sofis)** wollen wir über das Internet die in diesem Bereich bereits kooperierenden Wissenschaftler verschiedener Disziplinen stärker vernetzen und eventuell auch formal ein Netzwerk etablieren. Der neue Masterstudiengang zum Entrepreneurship an der Hamburger Universität für Wirtschaft und Politik mit dem Wahlschwerpunkt „Finanzierung“, den wir mitgestaltet haben, wird etwa ab 2004 die Möglichkeit bieten dem Thema Social Finance einen speziellen Studiengang zu widmen. Dies soll inhaltlich, personell und auch finanziell vorbereitet werden, um als Muster dienen zu können.

9. Zurzeit arbeiten **26 Personen für das IFF**. Die neuen Gesichter haben ihre Kompetenz und ihr Engagement schon unter Beweis stellen müssen, nachdem die Gruppe, die das IFF 2000 verließ, einige Aufgaben unerledigt gelassen hatte. Die Trennung von finanziellem Nutzen und ideellen Zielen ist wichtiger Grundstein für das IFF, für seine „Forschung im Auftrag“ (statt Auftragsforschung) und für seine soziale Ausrichtung. Das Institut ist finanziell solide, mit Aufträgen versorgt und meldet sich in den Wissenschaften wieder mehr zu Wort. Es soll ein Forschungsinstitut bleiben.

Die **Kerngruppe der wissenschaftlichen Mitarbeiter** wird 2002 insgesamt 11 Personen (4 Ökonomen, 4 Juristen und 4 weitere Wissenschaftszweige) umfassen. Helga Springeneer betreut nach wie vor den Bereich Insolvenz und Verschuldung inklusive der Software CAWIN sowie die Beziehungen zu den relevanten Fachgruppen, Achim Tiffe bearbeitet den Bereich Verbraucherrecht und Kredite sowie Servicebeziehungen zu den Verbraucherzentralen und Fachorganen. Im Bereich Altersvorsorgeprodukte und Kleinunternehmen suchen wir **ab April 02 für eine volle Stelle eine Ökonomin bzw. einen Ökonomen** (Profil siehe iff-hamburg.de), die sich den Produktanalysen widmen. Sie/er wird mit unseren Ökonomen Andreas Mahlke (HWP-Mitarbeiter) sowie Christine Zöllner, die über langjährige berufliche Erfahrung im Bankenbereich verfügen, zusammenarbeiten und die Unterstützung von Ingrid Größl haben, die als Volkswirtschaftsprofessorin von der HWP zusammen mit mir die wissenschaftliche Verantwortung übernehmen wird. Unsere umfassenden Internet- und EDV-Projekte betreut Michael Motylewski, das Archiv und dessen Inhalte Michael Feigl. Im internationalen Bereich arbeitet ab Januar die Juristin Isabel Herwig als wissenschaftliche Mitarbeiterin. Ulf Groth, der allen Schuldnerberatern bekannt ist, wird die Modellversuche „Finanzielle Allgemeinbildung in Schule und Schuldnerberatung“ betreuen. Nach der Babypause hat Ilona Kotek wieder in Teilzeit im Büro angefangen. Ihre bisherige Vertreterin wechselt jetzt ihrerseits in die Babypause. Dafür wird Andrea Villbrandt das Office Management übernehmen. Im Bereich Öffentlichkeitsarbeit, wo Lara Louwien eine Babypause antritt, kommt mit Kerstin Domscheit eine erfahrene Pressesprecherin an das IFF. Mit Dorina Rechter vom NDR wollen wir unsere Erfahrungen aus der rororo Reihe in einem einzigen populären „Bankbuch“ herausbringen. Seit Oktober haben wir zudem die Redaktion der Zeitschrift „Verbraucher und Recht“ (VuR) übernommen, die Tanja Suleck aus Bremen für uns betreut. Nicht nur hier soll die Zusammenarbeit mit dem Verbraucherzentralen-Bundesverband vertieft werden, die aktuell wegen dessen Neuaufbau leider noch ruht.

Wir hoffen auch in Zukunft auf Ihre Mitarbeit, ihre Kritik und ihre Begleitung. Vielen Dank für diese Unterstützung im abgelaufenen Jahr.

Im Namen aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Instituts grüße ich Sie recht herzlich und verbleibe

Udo Reifner